

**Erschienen in:** Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden: Springer VS, 2016, 135-160.

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript.**

**Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

*Harald Schoen/Agatha Rudnik*

## **Wirkungen von Einstellungen zur europäischen Schulden- und Währungskrise auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013**

*„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob etwas passiert. [...] Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

*(Jean-Claude Juncker, zitiert nach: Dirk Koch, Die Brüsseler Republik, in: Der Spiegel 52/1999, 136)*

*„Was ich mir vielleicht wünschen würde, ist eine noch offenere Auseinandersetzung über bestimmte Sachfragen, vor allem im Bereich der europäischen Integration. [...] Denn nur eine offene und kritische Auseinandersetzung schafft letztlich Legitimation und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern.“*

*(Andreas Voßkuhle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Mai 2014, 4)*

### **1. Einleitung**

Seit Begründung der zweiten deutschen Republik gilt die europäische Integration als konstitutiver Teil deutscher Staatsräson und wurde von Bundesregierungen unterschiedlicher Couleur meist im grundsätzlichen Elitenkonsens vorangetrieben. Auch die Wirtschafts- und Währungsunion wurde als weiterer Schritt im politischen Einigungsprozess im weitreichenden Elitenkonsens vorangetrieben, ohne dass sich mehr als eine marginale politische Opposition dagegen gebildet hätte (Rödter 2014; Schwarz 2012; siehe auch Plenarprotokoll 13/230). In Deutschland konnten daher Geschwindigkeit und Ausgestaltung der europäischen Integration schwerlich als Gegenstände intensiver, kontroverser, möglicherweise die Bürger zur Auseinandersetzung anregender und integrierender öffentlicher Diskussionen gelten. Da Wahlberechtigte in Wahlen aus dem von Parteien unterbreiteten Politik- und Personalangebot auswählen können (Key 1966: 2), erstaunt es kaum, dass europapolitische

Fragen für das Wahlverhalten bei Bundestagswahlen keine wesentliche Rolle spielten (z.B. Pappi und Thurner 2000; Dolezal 2008). Insofern eignete sich der vielzitierte permissive Konsens (Lindberg und Scheingold 1971) besser als in anderen Ländern (z.B. Evans 1998, 1999) dazu, die Haltung der Öffentlichkeit zur europäischen Integration, in diesem Lichte gleichsam einem Elitenprojekt, zu charakterisieren.

Im europäischen Einigungsprozess markiert die Wirtschafts- und Währungsunion einen Wendepunkt. In der Vorstellung ihrer Schöpfer sollte die enge ökonomische Verknüpfung der Euro-Staaten die Integration um einen entscheidenden, nicht umkehrbaren Schritt vorantreiben. Dieses Kalkül beruhte offenbar auf optimistischen ökonomischen Annahmen. Eine Konstruktion, die im Erfolgsfall verbinden soll, kann im Falle ökonomischer Schwierigkeiten allerdings spaltend wirken (Hooghe und Marks 2009). Dies zeigte sich spätestens, als im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise europäische Ökonomien und nationale Budgets aus dem Gleichgewicht gerieten und in der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion angelegte Spannungen offenbar wurden. Als Reaktion darauf wurden auf europäischer Ebene immer neue Initiativen ergriffen, um akute Krisensymptome zu lindern oder das Währungs- und Finanzsystem weniger krisenanfällig zu machen (Schuppan und Tamm 2014: Kapitel 4). Der Bundestag debattierte und beschloss – nicht selten unter erheblichem Zeitdruck – deutsche Beteiligungen an milliardenschweren Rettungspaketen für in finanzielle Notlage geratene Euro-Staaten. Gerade diese Hilfsmaßnahmen und die damit verbundene Aussicht auf zwischenstaatliche Transfers lösten heftige innenpolitische Kontroversen aus. Verfechtern europäischer Solidarität und eher interventionistischer und nachfrageorientierter ökonomischer Rezepte standen und stehen Vertretern von Ordnungspolitik und nationaler Souveränität gegenüber. Ihren deutlichsten parteipolitischen Ausdruck fanden diese Auseinandersetzungen zunächst im Mitgliederentscheid der FDP im Dezember 2011. Darin behielten deutlich diejenigen die Oberhand, die für die Euro-Rettungspolitik eintraten und sich dagegen wandten, den grundsätzlichen europapolitischen Konsens mit CDU, CSU, SPD und Grünen aufzukündigen. Schließlich fand die eurokritische Position außerhalb der „Großen Koalition für den Euro“ (Zimmermann 2014) ihren parteipolitischen Ausdruck in der Gründung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Februar 2013. Damit war – im internationalen Vergleich – gleichsam eine nachholende Parteipolitisierung dieses Aspekts der europäischen Integration vollzogen (Lees 2008; Arzheimer 2015).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2013 die Gelegenheit zum europapolitischen Issue-Wählen ergriffen. Daher gehen wir in diesem Aufsatz der Frage nach, welche Rolle Urteile über die Leistung zentraler Akteure sowie über den Vorschlag, hilfsbedürftige Euro-Staaten finanziell zu unterstützen, für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013 spielten. Dabei werden wir zwei Teilfragen behandeln. Zum einen soll geklärt werden, ob es einen solchen Effekt auf individuelles Wahlverhalten gab. Zum anderen untersuchen wir, ob bestimmte Faktoren das Auftreten dieses Wahlverhaltens beeinflussten. Im folgenden Abschnitt diskutieren wir diese Fragen vor dem Hintergrund der Forschungsliteratur theoretisch, um zu prüfaren Hypothesen zu gelangen. Nach einer kurzen Darstellung des verwendeten Datenmaterials und der Operationalisierungen stellen wir die Ergebnisse der Analysen dar. Abschließend fassen wir die zentralen Befunde zusammen und diskutieren Implikationen, Einschränkungen und Anregungen für die weitere Forschung.

## 2. Theorie und Hypothesen

Die Bundestagswahl 2013 fand im Schatten der europäischen Schulden- und Währungskrise statt. Während der Legislaturperiode von 2009 bis 2013 war die Bundesregierung – allen voran die Kanzlerin – in eine Reihe weitreichender finanzieller Entscheidungen auf europäischer Ebene eingebunden. Im Mittelpunkt standen die milliardenschweren Hilfszahlungen an verschuldete Mitgliedstaaten, die in der medialen und politischen Debatte heftige Kontroversen entfachten. Die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP wie auch die oppositionellen Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen trugen die Entscheidungen für Finanzhilfen im Bundestag mit, während die Linkspartei als einzige Fraktion dagegen stimmte. Im Hinblick auf die konkrete Position gab es zwar in der Zielsetzung und der mit den Hilfsleistungen verknüpften Anforderungen einige Unterschiede zwischen den Parteien, allerdings bleibt fraglich, ob diese Nuancen auch so deutlich von den Wählern wahrgenommen wurden (Anders 2014). Einen Austritt aus der Währungsunion oder eine Abschaffung des Euros forderte jedoch keine der etablierten Parteien. Mit der AfD trat erstmals eine Partei zur Wahl an, die nicht nur eine deutsche Beteiligung an Hilfszahlungen an verschuldete Staaten entschieden ablehnte, sondern dieses Thema auch dezidiert in den Fokus rückte.

Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, dass die europäische Schulden- und Währungskrise vermittelt über darauf bezogene Bürgereinstellungen das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 beeinflusste. Denn die ausführlichen öffentlichen Diskussionen boten Bürgern Gelegenheit, sich mit dem Themenkomplex zu befassen und sich Urteile darüber zu bilden. Damit wären zwei wichtige Voraussetzungen für sachfragenorientiertes Wahlverhalten erfüllt gewesen. Da entsprechendes Wahlverhalten jedoch an weitere Bedingungen geknüpft ist, kann man es nicht als gegeben erachten (Campbell et al. 1960: 168-187). Vielmehr handelt es sich um eine empirisch zu klärende Frage. In der weiteren Analyse betrachten wir zwei Aspekte einstellungsvermittelter Einflüsse der europäischen Schulden- und Währungskrise auf das Wahlverhalten, nämlich performanz- und positionsbezogenes Wahlverhalten. Als Positionssachfrage betrachten wir die Frage nach der Haltung Deutschlands zu einem finanziellen Entgegenkommen gegenüber in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Euro-Staaten. Den Leistungsaspekt beziehen wir auf Urteile über die Performanz der Bundesregierung beim Krisenmanagement.

Diese Positions- und Leistungsbewertungen beziehen sich beide auf die europäische Schulden- und Währungskrise, haben jedoch unterschiedliche Implikationen. Während Einflüsse von Leistungsurteilen in erster Linie rückwärtsgerichtet sind, können Einflüsse von Sachfragenpositionen als zukunftsgerichtet und damit gleichsam als Auftrag verstanden werden, bestimmte Policies zu verwirklichen. Darüber hinaus sind leistungs- und positionsbezogene Einstellungen nicht eindeutig miteinander verknüpft. Zwar dürfte die Policy-Position in die Leistungsbewertung einfließen, doch folgt daraus kein bestimmtes Leistungsurteil. Umgekehrt können Personen, die mit der Leistung der Bundesregierung ähnlich zufrieden sind, ganz unterschiedliche Vorstellungen vom richtigen Rezept für den Umgang mit der Schulden- und Währungskrise besitzen. Folglich ist anzunehmen, dass die Positions- und die Leistungsdimension eigenständige Einflüsse ausüben konnten.

Darüber hinaus beziehen sich Leistungsbewertungen auf kollektive politische Akteure, in diesem Fall: die Bundesregierung, Positionseinstellungen hingegen auf bevorzugte Poli-

cies. Der unterschiedliche Sachbezug legt unterschiedliche Erwartungen in Bezug auf die elektorale Wirkung nahe. Leistungsbewertungen der Regierung sollten sich in einem Wahlverhalten für oder gegen Regierungsparteien niederschlagen. Politikpositionen sollten hingegen nur dann wirksam sein, wenn Parteien unterschiedliche Positionen anbieten; und die Wirkung muss nicht notwendig entlang des Gegensatzes zwischen Regierung und Opposition verlaufen, sondern je nach Parteipositionen.

Neben der Wirkungsrichtung könnte der unterschiedliche Objektbezug auch das Auftreten beider Effekttypen beeinflussen. Leistungsbezogenes Wählen setzt voraus, eine auf die Regierung bezogene Einstellung für die Wahl zwischen Regierungs- und Nichtregierungsparteien nutzbar zu machen. Die sachliche Nähe zwischen Einstellung und Wahlentscheidung lässt sie gerade in Zweiparteiensystemen als einfache Entscheidungsregel erscheinen, der sich nicht zuletzt politisch wenig involvierte Personen bedienen (Sniderman et al. 1991: 172-176). Das ist in Mehrparteiensystemen mit Koalitionsregierungen zwar nicht so einfach wie in Zweiparteiensystemen (z.B. Fisher und Hobolt 2010; Schoen 2010a), sollte aber auch dort ohne größeren kognitiven Aufwand möglich sein. Es kommt hinzu, dass in Wahlkämpfen beinahe unwillkürlich die Leistung der Regierung – ob kritisch oder affirmativ – thematisiert wird und daher den Bürgern als Entscheidungskriterium ins Gedächtnis gerufen wird.

Anders verhält es sich mit Wahlverhalten gemäß Policy-Positionen. Dazu müssen Wahlberechtigte selbst eine bevorzugte Position entwickeln und den Parteien Positionen zuschreiben. Damit sie schließlich für diejenige Partei votieren können, deren Policy-Angebot am ehesten ihren Vorstellungen entspricht, müssen sich die Parteien in der (wahrgenommenen) Positionierung unterscheiden (Campbell et al. 1960: 168-187). Diese Beschreibung kann zum einen als Hinweis auf die Bedeutung kognitiver politischer Involvierung für positionsbezogenes Issue-Wählen gelesen werden. Demnach handle es sich um eine Domäne politisch hochgradig interessierter und informierter Personen (z.B. Sniderman et al. 1991: 172; Popkin 1994; Goren 1997). Diese Sichtweise verkennt jedoch, dass Sachfragen nicht per se kompliziert sind, so dass sich dazu nur Spezialisten eine Meinung bilden könnten. Gerade in der öffentlichen Kommunikation werden politische Sachfragen nicht selten vereinfacht und symbolisch aufgeladen, was es auch politisch weniger interessierten Personen ermöglicht, sich darüber ein Urteil zu bilden (Sears et al. 1979, 1980; Carmines und Stimson 1980). Nicht zuletzt der öffentliche Diskurs über die europäische Schulden- und Währungskrise kann als Beispiel dafür dienen, dass komplizierte Sachfragen vereinfacht und symbolisch aufgeladen werden (siehe z.B. Weßels et al. 2013: 25). Daher erscheint es geradezu folgerichtig, dass Einstellungen dazu wesentlich von längerfristigen symbolischen Orientierungen geprägt wurden (Rudnik und Schoen 2015). Das spricht dafür, dass keine interindividuellen Unterschiede im Issue-Wählen nach dem Grad politischer Involvierung auftreten sollten.

Darüber hinaus deutet die Skizze positionsbezogenen Wählens auf die Rolle der politischen Parteien hin. Diese Art sachfragenbezogenen Wahlverhaltens setzt voraus, dass Parteien unterschiedliche Positionen vertreten (Key 1966: 2). Sie wird überdies von sachfragenbezogener Wahlkampfkommunikation und deutlichen Positionsunterschieden begünstigt (z.B. Druckman 2004; Hillygus und Shields 2009; siehe auch Highton 2010). Vor diesem Hintergrund erscheinen die Bedingungen für positionsbezogenes Wahlverhalten als mittelmäßig. In der 17. Legislaturperiode des Bundestages trugen die Regierungsparteien

CDU, CSU und FDP wie auch die oppositionellen Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Entscheidungen für Finanzhilfen – mit wenigen Ausnahmen – mit, während die Linkspartei als einzige Fraktion dagegen stimmte. Diese „Große Koalition für den Euro“ (Zimmermann 2014) setzte sich im Bundestagswahlkampf 2013 fort, in dem die Bundestagsparteien diese Frage eher herunterspielten und eindeutige Festlegungen und kontroverse Zuspitzungen vermieden (Anders 2014)<sup>1</sup>. Mit der AfD trat jedoch auch erstmals eine Partei zur Wahl an, die nicht nur die Politik der Bundesregierung heftig kritisierte und eine deutsche Beteiligung an Hilfszahlungen an verschuldete Staaten entschieden ablehnte, sondern dieses Thema auch dezidiert in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken suchte. Damit bot die AfD Kritikern finanzieller Konzessionen eine attraktive Alternative, sorgte für eine kontroverse Auseinandersetzung über diese Frage und dürfte darauf bezogenes Issue-Wählen erleichtert haben (Schmitt-Beck 2014).

Aus dieser Diskussion lassen sich verschiedene Vermutungen über die Rolle performanz- und positionsbezogener Einstellungen zur europäischen Schulden- und Währungs-krise ableiten. Wir vermuten, dass die Haltung der Bürger zu finanziellen Hilfsleistungen das Wahlverhalten beeinflusste. Dabei sollte eine kritische Haltung die Wahl der AfD begünstigen. Die Wirkung positiver Urteile lässt sich weniger eindeutig spezifizieren, da Union, SPD, Grüne und FDP mit unterschiedlichen Nuancierungen diese Position vertraten. Sollte die Prominenz der politischen Akteure eine Rolle spielen, müsste der deutlichste Effekt zugunsten der Unionswahl auftreten. Sollte eine eindeutig transferfreundliche Position eine policy-bezogene Entscheidung begünstigen, wäre mit deutlichen Effekten zugunsten der Wahl der Grünen zu rechnen.

Darüber hinaus nehmen wir an, dass Urteile über die Leistung der Bundesregierung in dieser Krise das Wahlverhalten beeinflussten, und zwar entlang des Gegensatzes zwischen parlamentarischer Mehrheit und Minderheit. Allerdings sollten Richtung und Stärke des Effekts von der individuellen Policy-Präferenz abhängen. Für Personen, die finanzielle Hilfen kritisch beurteilen, dürfte Unzufriedenheit mit der Leistung der Bundesregierung in der Wahrnehmung gründen, sie trete zu freigebig auf. Daher sollte in diesem Fall Unzufriedenheit mit der Bundesregierung vor allem die AfD-Wahl begünstigen. Bei Personen, die finanzielle Konzessionen in der Euro-Zone gutheißen, dürfte Kritik an der Bundesregierung hingegen bedeuten, diese zeige sich zu hartleibig. Hauptprofiteurin von Kritik an der Leistung der Bundesregierung sollte daher die Partei Bündnis 90/Die Grünen sein. Zustimmung zur Arbeit der Bundesregierung sollte hingegen die Wahl der Regierungsparteien wahrscheinlicher machen.

Aus der Diskussion über die Rolle politischer Involvierung als Moderator performanz- und positionsbezogenen Issue-Wählens lassen sich verschiedene Hypothesen ableiten (Schoen 2008). Geht man von der geradezu klassischen Elitentese aus, ist anzunehmen, dass mit steigendem politischem Interesse der Einfluss positionsbezogener Einstellungen auf das Wahlverhalten stärker wird. Nimmt man hingegen an, dass gerade die hier betrachteten europapolitischen Fragen in der öffentlichen Diskussion nicht als technische Probleme, sondern nicht zuletzt symbolisch behandelt wurden, wird man diese Annahme zurückweisen (Mader und Schoen 2015; Rudnik und Schoen 2015). In Bezug auf krisenbezogene

1 Ein ähnliches Muster war in der Vergangenheit bereits in Bezug auf die in Bevölkerung unbeliebten Afghanistan-Mission der Bundeswehr zu beobachten (Schoen 2010b).

Performanzurteile spricht die oben ausgeführte Heuristikthese dafür, dass diese Orientierungen vor allem von politisch weniger involvierten Personen genutzt wurden. Allerdings erscheint diese Vermutung nur solange plausibel, wie man annimmt, dass nicht auch politisch involvierte Personen auf einfache Entscheidungsregeln zurückgreifen (siehe z.B. Lau und Redlawsk 2001).

### 3. Daten und Methoden

Um die aufgeworfenen Fragen empirisch zu untersuchen, verwenden wir zuvörderst Daten aus der persönlich-mündlichen Befragung im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES 2013) (ZA 5702, Version 2.0.0)<sup>2</sup>. Die Vorwahlbefragung fand im Zeitraum zwischen dem 29. Juli und dem 21. September 2013 statt, und die Nachwahlbefragung war zwischen dem 23. September und dem 23. Dezember 2013 im Feld. Die Daten werden mit einem Transformations- und Regionalgewicht so gewichtet, dass die Anteile der Sozial- und Regionalstruktur sowie dem quantitativen Ost-West-Verhältnis entsprechen. Des Weiteren berücksichtigen wir nur Befragte, die zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013 wahlberechtigt waren. Für die Analyse betrachten wir die Daten aus der Vor- und Nachwahlbefragung getrennt (Zahl der Beobachtungen:  $N_{\text{Vorwahl}} = 1976$ ;  $N_{\text{Nachwahl}} = 1893$ ). Als abhängige Variable dient in der Vorwahlbefragung die Wahlabsicht und in der Nachwahlbefragung die (berichtete) Wahlentscheidung unterschieden nach Union, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, AfD und die Nichtwahl (siehe Tabelle A1 im Anhang).

Die beiden zentralen unabhängigen Variablen Haltung zu einer deutschen Beteiligung an Finanzhilfen für verschuldete EU-Mitgliedstaaten<sup>3</sup> sowie die Beurteilung der Regierungsperformanz in der Verschuldungskrise werden mittels fünfstufiger Variablen gemessen, 0 steht für eine starke Ablehnung von EU-Hilfen bzw. eine starke Unzufriedenheit mit der Performanz der Bundesregierung und 1 für eine starke Befürwortung bzw. eine große Zufriedenheit. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, standen die Deutschen der Forderung, verschuldete Euro-Staaten finanziell zu unterstützen, im Mittel etwas skeptisch gegenüber. Ähnliches gilt für die Urteile der Bürger über die Leistung der Bundesregierung. Diese Mittelwerte verbergen jedoch ein erhebliches Maß an Variation, wie den Standardabweichungen zu entnehmen ist. Schließlich ist zu erkennen, dass nach der Wahl die Befragten über die Leistungen der Regierung und den Vorschlag, hilfsbedürftige Staaten zu unterstüt-

- 2 Diese Studie wurde von Prof. Dr. Hans Rattinger (Universität Mannheim), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Goethe-Universität Frankfurt am Main), Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim), Prof. Dr. Bernhard Weßels (Wissenschaftszentrum Berlin) und Prof. Dr. Christof Wolf (GESIS) geleitet und in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung durchgeführt. Weder die genannten Personen noch die Institute tragen Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Aufsatz.
- 3 Wir nehmen an, dass die Befragten die Frageformulierung im Sinne der öffentlich diskutierten Hilfen innerhalb des Euro-Raumes verstanden.

zen, etwas freundlicher beurteilten als vor der Wahl<sup>4</sup>. Beide Einstellungen hängen in moderatem Maße positiv zusammen (Vorwahl und Nachwahl:  $r = 0.27$ ). Das deutet darauf hin, dass vor und nach der Bundestagswahl eine positive Haltung zu finanziellen Hilfsleistungen mit einer besseren Bewertung der spezifischen Regierungsleistung einherging.

*Tabelle 1:* Deskriptive Darstellung der auf die Krise bezogenen Einstellungen

	Unterstützung hilfsbedürftiger Staaten			Leistung der Regierung	
		<i>Vorwahl</i>	<i>Nachwahl</i>	<i>Vorwahl</i>	<i>Nachwahl</i>
Anteilswerte	0	15.9	15.1	13.1	8.9
	0.25	24.6	20.8	28.1	22.8
	0.5	38.2	36.3	35.9	39.8
	0.75	17.4	22.4	20.6	25.0
	1	3.9	5.4	2.3	3.6
Mittelwert		0.42	0.46	0.43	0.50
Stdabweichung		0.26	0.28	0.25	0.25
N		1909	1863	1909	1828

*Legende:* 0=Ablehnung der Finanzhilfen bzw. Unzufriedenheit mit Regierungsleistung, 1=Zustimmung zu Finanzhilfen bzw. Zufriedenheit mit der Regierungsleistung.

In der Diskussion positionsbezogenen Wählens sind wir davon ausgegangen, dass Stimmberechtigte bei der Wahlentscheidung ihre eigene Position mit jener der verschiedenen Parteien vergleichen. Um dies empirisch modellieren zu können, sind Informationen über die Position der Befragten und die wahrgenommenen Positionen der Parteien erforderlich. Der Datensatz aus der persönlich-mündlichen Befragung enthält jedoch keine Informationen über wahrgenommene Parteipositionen. Eine exakte Modellierung von Distanz- oder Richtungskalkülen ist daher nicht möglich. Es kann lediglich untersucht werden, ob bestimmte Positionen zur Transferfrage die Entscheidung für die eine oder andere Wahlmöglichkeit begünstigt. Im Vergleich zu einer Analyse mit wahrgenommenen Parteipositionen führt das hier verwendete Verfahren zu einem weniger starken Rückgang der Zahl der Beobachtungen in der Stichprobe. Zugleich dürften sachfragenbezogenen Einstellungen im Zweifelsfall schwächere Effekte zugeschrieben werden.

Wir haben in der theoretischen Diskussion darauf hingewiesen, dass die Wahlmöglichkeiten bei der Analyse berücksichtigt werden sollten. Da die AfD eine relativ junge Partei war, kann man nicht ohne Weiteres annehmen, dass sie allen Befragten bekannt war. In Abhängigkeit davon, ob ihnen die AfD bekannt war, standen Bürger vor unterschiedlichen Entscheidungssituationen. Personen ungeachtet dieser Unterschiede zusammenzufassen, kann daher zu verzerrten Schätzungen führen. Um diesem möglichen Selektionsproblem Rechnung zu tragen, werden mit dem Heckman-Verfahren zweistufige Probit-Modelle geschätzt. Auf der ersten Stufe stellt die Bekanntheit der AfD die dichotome abhängige

4 Ein Vergleich der Vor- und Nachwahlangaben zur Unterstützung hilfsbedürftiger Euro-Staaten der zweimal befragten Teilnehmer an dem Rolling Cross-Section-Panel (ZA5703, Version 2.0.0) bestätigt einen geringfügigen Anstieg der Zustimmung.



Variable dar. Personen, die vor der Wahl bei der Frage nach der Einzugswahrscheinlichkeit der AfD angaben, diese Partei nicht zu kennen, wird der Wert 0 und allen, die eine Einschätzung abgaben, eine 1 zugewiesen (81 Prozent der Befragten). In der Nachwahlbefragung werden äquivalent dazu die Antworten auf die Frage nach der Sympathie für die AfD kodiert (86 Prozent der Befragten). Die Wahrscheinlichkeit, von der AfD gehört zu haben, sollte zum einen von kognitiven Merkmalen wie der formalen Bildung und dem politischen Interesse abhängen. Weiterhin können politische Dispositionen die Kenntnis der AfD beeinflussen. Dabei erscheinen gegenläufige Hypothesen plausibel. Einerseits könnte bei Personen, denen die Verschuldungskrise Angst macht und die Hilfen für andere Euro-Staaten ablehnen, eine höhere Motivation erwartet werden, nach Alternativen im Parteienangebot Ausschau zu halten. Andererseits könnten gerade Befürworter finanzieller Transfers mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auf die AfD aufmerksam geworden sein, da diese ihre Überzeugung herausfordert. Kontrollierend werden auch das Geschlecht, die Einstellungen zur kulturellen Vielfalt und zu einer staatlichen Angleichung der Einkommen in die Selektionsgleichung aufgenommen. Auf der zweiten Stufe der Modelle wird der Einfluss der zentralen unabhängigen Variablen auf das Wahlverhalten nur noch für jene Personen geschätzt, denen die AfD bekannt ist. Das heißt, etwaige Effekte beziehen sich auf eine Teilstichprobe.

In den Modellen auf der zweiten Stufe streben wir eine konservative Schätzung von Effekten der auf die Euro-Krise bezogenen Einstellungen an. Dazu berücksichtigen wir weitere Einflussgrößen, von denen aus der Forschung bekannt ist, dass sie die Parteienwahl, die Bewertung der Performanz von politischen Akteuren und die Policy-Entscheidungen beeinflussen. Als langfristig stabile Determinanten werden die Stärke der Parteibindung mit der Union bzw. der SPD sowie die Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala herangezogen. Da zum Teil unklar ist, worauf sich die Zuordnung auf dieser eindimensionalen Skala konkret bezieht, werden auch Variablen in die Regression aufgenommen, die sich direkt auf bestimmte policy-bezogene Grundorientierungen beziehen. Sozioökonomische Positionen messen wir durch die Zustimmung zur staatlichen Umverteilung sowie durch die Haltung zu einer Reduzierung der Einkommensungleichheit seitens des Staates. Ethnozentrismus wird mit einem Durchschnittsindex operationalisiert, der sich aus den Fragen zusammensetzt, ob der Zuzug von Ausländern beschränkt werden sollte und wie stark sich Ausländer an die Kultur in Deutschland anpassen sollten. Zudem wird mit einer weiteren Variable die Haltung zur Rolle der Kernenergie in der Energieversorgung erfasst. Schließlich berücksichtigen wir Bewertungen der Kanzlerkandidaten Merkel und Steinbrück auf einer elfstufigen Skala<sup>5</sup>. Die Parteienwahl und insbesondere die Entscheidung für eine Nichtwahl sollten zudem vom politischen Interesse beeinflusst werden, das auf einer fünfstufigen Skala erfasst wurde. Kontrolliert werden zudem Alter, Geschlecht, formale Bildung sowie die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland.

Inwiefern Unterschiede zwischen Wählergruppen hinsichtlich der Einflussstärke krisenbezogener Einstellungen und Leistungen auf das Wahlverhalten vorliegen, untersuchen wir

5 Die zugeschriebene Kompetenz, aus Sicht der Befragten wichtige politische Probleme zu lösen, wurde nicht in die Analyse einbezogen, da wenigstens bei einem Teil der Befragten damit auch euro- und krisenbezogene Einstellungen abgebildet werden. Modelle, in denen auch die Spitzenkandidaten der FDP, der Grünen und der Linken berücksichtigt werden, führen zu geringfügig abweichenden Ergebnissen, aber substantiell gleichen Folgerungen.

durch Interaktionen. Zum einen wird der Einfluss der Regierungsleistung in Abhängigkeit von der Zustimmung zu Finanztransfers untersucht. Und zum zweiten interagieren wir die beiden zentralen unabhängigen Variablen mit dem politischen Interesse<sup>6</sup>.

#### 4. Empirische Befunde

Um die Frage zu klären, inwieweit auf die europäische Schulden- und Währungskrise bezogene Positionen und Performanzurteile einen Einfluss auf das Wahlverhalten hatten, bedienen wir uns Heckman-Probit-Regressionen. Darin wird in der ersten Stufe die Bekanntheit der AfD geschätzt, in der zweiten Stufe die Determinanten der Wahlentscheidung. Die Ergebnisse dieser Schätzungen, in der rund zwei Drittel (Vorwahl) und drei Viertel (Nachwahl) der ursprünglichen Stichprobe berücksichtigt werden konnten, sind in Tabelle 2 und 3 wiedergegeben.

Die Koeffizienten für die Selektionsmodelle geben Auskunft darüber, welche Variablen einen Einfluss auf die Bekanntheit der AfD haben. In der Vorwahlanalyse ist das politische Interesse der mit Abstand stärkste Einflussfaktor. Daneben fällt einzig die Einstellung zu Finanzhilfen ins Gewicht, und zwar in der Weise, dass eine zustimmende Bewertung die Wahrscheinlichkeit steigerte, dass eine Person angab, die AfD zu kennen. Nach dem Wahlerfolg der AfD und der damit einhergehenden erhöhten medialen Aufmerksamkeit stellt sich das Determinantenmuster anders dar. Politisches Interesse spielt immer noch eine wichtige Rolle, doch ist sein Einfluss schwächer geworden. Das deutet darauf hin, dass die Bedeutung schierer politischer Involvierung nachgelassen hat. Für die Einstellungen zu Finanzhilfen gilt in der Tendenz das Gegenteil. Zudem sind weitere einflussreiche Faktoren hinzugetreten, neben der formalen Bildung und dem Geschlecht die Angst vor der Krise, die vergleichsweise stark mit der Kenntnis der AfD korreliert ist. Allerdings kann mit diesem Querschnittsdesign nicht abschließend geklärt werden, inwiefern Angst eine erhöhte Aufmerksamkeit für die AfD bewirkte oder die Wahrnehmung der AfD erst die Angst vor der Finanzkrise erhöhte.

Auf der zweiten Stufe werden für die Personen, die im Interview angaben, die AfD sei ihnen bekannt, die Determinanten der Wahlentscheidung analysiert. Das Hauptaugenmerk gilt dabei der Rolle krisenbezogenen Policy-Präferenzen und Performanzurteile. Da Koeffizienten aus Probit-Regressionen schwer intuitiv zugänglich sind, greifen wir zur Interpretation der Einflussrichtung und -stärke der auf die Euro-Krise bezogenen Einstellungen im Folgenden auf die durchschnittlichen marginalen Effekte zurück (Tabelle 4). Die Ergebnisse zeigen, dass performanz- und positionsbezogene Einstellungen bei der Wahlentscheidung eine Rolle spielten, dies jedoch auf unterschiedliche Weise.

6 Die Anwendung des Heckman-Verfahrens machte es notwendig, auf die Kontrolle der Parteiidentifikation mit weiteren etablierten Parteien im Grundmodell sowie weiterer unabhängiger Variablen im Selektionsmodell zu verzichten, da sich die Regressionen mit Interaktionstermen für einige Parteien sonst nicht mehr schätzen lassen.

Table 2: Determinanten der Wahlabsicht für die Bundestagswahl 2013 (Daten aus der Vorwählerhebung; Heckman-Probit-Regressionen)

	Union	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	Nichtw.
<i>Wahlabsicht:</i>							
Alter	-0.42 (0.35)	0.55 (0.35)	0.41 (0.49)	-0.63 (0.35)	-0.34 (0.38)	-0.70 (0.94)	-0.07 (0.37)
Bildung niedrig	-0.18 (0.17)	-0.17 (0.17)	0.10 (0.19)	0.07 (0.16)	-0.03 (0.17)	-0.10 (0.28)	0.30 (0.17)
Bildung hoch	-0.34* (0.17)	-0.18 (0.18)	0.16 (0.20)	-0.00 (0.17)	0.13 (0.18)	0.34 (0.30)	-0.41 (0.30)
Ostdeutschland	-0.00 (0.14)	-0.02 (0.14)	0.13 (0.14)	0.19 (0.15)	-0.39* (0.16)	-0.28 (0.35)	-0.06 (0.15)
Politisches Interesse	0.71 (0.57)	-0.01 (0.37)	-0.41 (0.74)	-0.96* (0.38)	-0.38 (0.46)	0.32 (1.69)	-1.91** (0.47)
Links-rechts-Position	2.02** (0.53)	-0.06 (0.44)	0.50 (0.51)	-0.67 (0.45)	-4.37** (0.81)	2.81 (1.64)	1.53** (0.51)
Ethnozentrismus	-0.40 (0.39)	0.26 (0.36)	0.13 (0.40)	-0.38 (0.31)	0.60 (0.35)	-0.03 (0.65)	-0.16 (0.37)
Umverteilung	0.33 (0.38)	-0.12 (0.33)	-0.96* (0.44)	0.09 (0.28)	0.43 (0.31)	-1.07 (0.69)	0.13 (0.39)
Einkommensgleichheit	0.12 (0.32)	0.29 (0.29)	0.04 (0.33)	0.06 (0.32)	0.60 (0.45)	0.45 (0.42)	-0.17 (0.40)
Kernenergie	0.37 (0.23)	0.00 (0.23)	0.33 (0.22)	-0.59* (0.26)	0.26 (0.23)	-0.04 (0.38)	0.10 (0.26)
PID Union	1.55** (0.17)	-1.04** (0.23)	-0.46 (0.26)	-1.20** (0.35)	-0.64* (0.27)	-0.89* (0.41)	-0.75** (0.23)
PID SPD	-0.81** (0.26)	1.54** (0.16)	-0.36 (0.30)	-0.61** (0.18)	-1.05** (0.28)	-0.37 (0.44)	-0.58** (0.21)
Steinbrück	-0.23 (0.29)	2.20** (0.34)	-0.32 (0.28)	0.32 (0.29)	-0.66* (0.29)	-0.99* (0.47)	-0.72* (0.32)
Merkel	2.24** (0.43)	0.07 (0.30)	0.37 (0.32)	-0.03 (0.29)	-0.63* (0.31)	-0.24 (0.34)	-0.64 (0.33)
Regierungsperformanz	1.01** (0.37)	-0.47 (0.34)	0.95* (0.46)	-0.34 (0.32)	-0.27 (0.38)	-2.14 (1.18)	0.28 (0.39)
Finanz. Unterstützung	-0.47 (0.36)	-0.51 (0.31)	-0.37 (0.39)	0.70* (0.33)	0.11 (0.30)	-0.84 (0.47)	-0.08 (0.34)
Konstante	-3.77** (0.76)	-2.21** (0.50)	-1.69 (1.04)	0.36 (0.48)	0.83 (0.57)	-0.67 (1.18)	-0.37 (0.68)
<i>Kenntnis von der AfD:</i>							
Bildung niedrig	-0.13 (0.11)	-0.13 (0.11)	-0.13 (0.11)	-0.12 (0.11)	-0.14 (0.11)	-0.13 (0.11)	-0.15 (0.11)
Bildung hoch	0.15 (0.15)	0.16 (0.15)	0.14 (0.15)	0.16 (0.15)	0.14 (0.15)	0.15 (0.15)	0.14 (0.15)
Frau	0.03 (0.11)	0.04 (0.10)	0.03 (0.10)	0.06 (0.10)	0.00 (0.10)	0.02 (0.12)	0.05 (0.10)
Politisches Interesse	2.08** (0.24)	2.08** (0.24)	2.09** (0.24)	2.14** (0.24)	2.09** (0.23)	2.07** (0.24)	2.08** (0.24)
Einkommensungleichheit	-0.37 (0.23)	-0.38 (0.23)	-0.35 (0.23)	-0.35 (0.23)	-0.41 (0.23)	-0.37 (0.23)	-0.39 (0.23)

Ethnozentrismus	-0.16 (0.24)	-0.16 (0.24)	-0.16 (0.24)	-0.17 (0.24)	-0.19 (0.24)	-0.15 (0.24)	-0.17 (0.24)
Finanz. Unterstützung	0.61** (0.22)	0.61** (0.22)	0.61** (0.21)	0.60** (0.21)	0.63** (0.21)	0.62** (0.22)	0.57** (0.22)
Angst vor der Krise	0.21 (0.20)	0.22 (0.18)	0.25 (0.19)	0.22 (0.18)	0.23 (0.18)	0.24 (0.21)	0.27 (0.18)
Konstante	-0.01 (0.34)	-0.00 (0.34)	-0.04 (0.34)	-0.07 (0.34)	0.04 (0.34)	-0.02 (0.34)	0.01 (0.34)
N	1330	1330	1330	1330	1330	1330	1330
Zensiert	285	285	285	285	285	285	285
Rho	-0.05	-0.24	-0.66	-0.69	-0.77	-0.64	0.66
Unabhängigkeitstest	0.94	0.31	0.35	0.03	0.01	0.54	0.02

Anmerkungen: Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ ; \*\*  $p < 0.01$ .

Die Befunde zur Bewertung der Regierungsperformanz stehen in Einklang mit der Annahme, dass deren Wirkung vom parlamentarischen Status der Parteien abhängt. In der Vorwählerhebung profitierten die Regierungsparteien Union und FDP von positiven Leistungsbewertungen. Für die parlamentarischen Oppositionsparteien SPD, Grüne und Die Linke finden sich negative Effektschätzungen, die jedoch deutlich von konventionellen Niveaus statistischer Signifikanz entfernt sind. Nach der Wahl hat sich das Bild geändert. Zwar begünstigt Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement praktisch unverändert die Wahl der Unionsparteien. Die FDP-Wahl ist nun jedoch statistisch unabhängig von der Regierungszufriedenheit. Hingegen wird ein deutlich positiver Effekt auf die SPD-Wahl geschätzt. Dieser Befund ist bemerkenswert, da beinahe während der kompletten Nachwählerhebung noch die christlich-liberale Regierung amtierte. Offenbar hatten die Befragten aus den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD auf eine aus diesen Parteien gebildete Bundesregierung geschlossen und entsprechende Einstellungsmuster entwickelt. Sollte diese Interpretation zutreffen, läge ein subtiler Interaktionseffekt zwischen Fragestimulus und kommunikativem Kontext vor, der auch in anderen Zusammenhängen beachtet werden sollte. Aufseiten der parlamentarischen Oppositionsparteien profitierten laut der Nachwählerhebung die Grünen deutlich von Unzufriedenheit mit der krisenbezogenen Leistung der Bundesregierung.

Die Ergebnisse sprechen auch dafür, dass die AfD von Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung profitieren konnte. In der Vorwahlschätzung ist für die Entscheidung zugunsten der AfD ein deutlich negativer Schätzer ausgewiesen, der jedoch mit erheblicher Unsicherheit behaftet ist und daher konventionelle Niveaus statistischer Signifikanz verfehlt. In der Nachwahlanalyse hat diese Unsicherheit nachgelassen, so dass nun gefolgert werden kann, dass die AfD von Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung merklich profitierte. Die Nichtwahlentscheidung schließlich ist in beiden Teilanalysen nicht wesentlich von der Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement auf der europäischen Ebene abhängig.

Table 3: Determinanten der Wahlentscheidung für die Bundestagswahl 2013 (Daten aus der Nachwählerhebung; Heckman-Probit-Regressionen)

	Union	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	Nichtw.
<i>Wahlentscheidung:</i>							
Alter	0.21 (0.36)	1.16** (0.31)	0.61 (0.57)	-0.51 (0.38)	0.55 (0.30)	-0.62 (0.35)	-0.83* (0.39)
Bildung niedrig	0.13 (0.19)	-0.15 (0.16)	0.09 (0.23)	-0.05 (0.21)	-0.16 (0.17)	0.42 (0.24)	-0.10 (0.15)
Bildung hoch	0.14 (0.16)	-0.18 (0.17)	0.36 (0.26)	-0.01 (0.18)	-0.35 (0.20)	0.31 (0.24)	-0.11 (0.18)
Ostdeutschland	0.31* (0.14)	-0.20 (0.14)	-0.04 (0.31)	-0.77** (0.28)	0.42** (0.13)	-0.07 (0.21)	-0.08 (0.13)
Politisches Interesse	0.11 (0.33)	-0.37 (0.37)	0.86* (0.42)	-0.23 (0.36)	0.71 (0.39)	0.97* (0.43)	-1.75** (0.30)
Links-rechts-Position	1.25** (0.44)	-0.24 (0.38)	0.92 (0.62)	-0.08 (0.40)	-3.50** (0.82)	1.59* (0.63)	0.00 (0.39)
Ethnozentrismus	0.37 (0.36)	-0.52 (0.30)	0.38 (0.53)	-0.86** (0.32)	-0.26 (0.32)	0.80 (0.49)	0.45 (0.35)
Umverteilung	0.09 (0.33)	-0.62* (0.30)	-0.73 (0.50)	0.17 (0.34)	-0.43 (0.32)	0.37 (0.43)	-0.06 (0.28)
Einkommensgleichheit	0.09 (0.28)	-0.11 (0.26)	-0.56 (0.36)	0.69* (0.34)	0.14 (0.37)	-0.32 (0.31)	-0.07 (0.28)
Kernenergie	0.09 (0.25)	0.11 (0.20)	0.52 (0.29)	-1.11** (0.26)	0.76** (0.23)	0.25 (0.28)	-0.28 (0.24)
PID Union	1.13** (0.17)	-0.97** (0.24)	-0.68** (0.26)	-0.69** (0.26)	-1.12** (0.37)	-0.56* (0.26)	-0.53* (0.22)
PID SPD	-1.06** (0.22)	1.45** (0.16)	-0.87* (0.40)	-0.94** (0.19)	-0.84** (0.26)	-0.25 (0.24)	-0.35 (0.18)
Steinbrück	-0.24 (0.30)	1.49** (0.30)	-0.08 (0.44)	0.49 (0.33)	-0.44 (0.39)	-1.22** (0.40)	-0.69** (0.27)
Merkel	2.31** (0.36)	-0.82** (0.26)	0.55 (0.47)	-0.20 (0.33)	-0.11 (0.29)	0.23 (0.39)	-0.03 (0.26)
Regierungsperformanz	0.84** (0.32)	0.81** (0.29)	0.30 (0.54)	-0.77* (0.37)	-0.30 (0.30)	-1.51** (0.44)	0.13 (0.33)
Finanz. Unterstützung	0.51 (0.27)	-0.55* (0.24)	-0.63 (0.38)	1.36** (0.30)	-0.28 (0.34)	-0.97** (0.35)	-0.35 (0.26)
Konstante	-4.30** (0.58)	-0.69 (0.55)	-3.08** (0.60)	-0.58 (0.50)	0.50 (0.47)	-1.53* (0.70)	0.38 (0.41)
<i>Kenntnis von der AfD:</i>							
Bildung niedrig	0.00 (0.13)	-0.02 (0.13)	-0.00 (0.13)	0.00 (0.13)	-0.00 (0.13)	0.01 (0.13)	-0.02 (0.13)
Bildung hoch	0.59** (0.18)	0.57** (0.18)	0.58** (0.18)	0.60** (0.18)	0.58** (0.18)	0.57** (0.18)	0.57** (0.18)
Frau	-0.37** (0.13)	-0.38** (0.12)	-0.40** (0.13)	-0.38** (0.13)	-0.41** (0.12)	-0.38** (0.12)	-0.37** (0.12)
Politisches Interesse	0.99** (0.35)	0.97** (0.36)	0.99** (0.35)	1.04** (0.36)	1.01** (0.36)	1.02** (0.36)	1.06** (0.35)
Einkommensungleichheit	-0.24 (0.28)	-0.24 (0.27)	-0.21 (0.27)	-0.21 (0.27)	-0.26 (0.27)	-0.21 (0.27)	-0.26 (0.27)

Ethnozentrismus	-0.09 (0.34)	-0.14 (0.34)	-0.12 (0.34)	-0.08 (0.35)	-0.12 (0.34)	-0.14 (0.34)	-0.08 (0.33)
Finanz. Unterstützung	0.76** (0.23)	0.77** (0.23)	0.75** (0.22)	0.77** (0.23)	0.75** (0.22)	0.76** (0.22)	0.76** (0.22)
Angst vor der Krise	1.37** (0.28)	1.34** (0.27)	1.31** (0.27)	1.33** (0.28)	1.39** (0.27)	1.32** (0.27)	1.29** (0.26)
Konstante	0.01 (0.39)	0.08 (0.38)	0.05 (0.39)	-0.03 (0.40)	0.06 (0.38)	0.03 (0.38)	0.03 (0.37)
N	1254	1254	1254	1254	1254	1254	1254
Zensiert	201	201	201	201	201	201	201
Rho	0.34	-0.65	0.72	-0.37	-0.76	-0.55	0.91
Unabhängigkeitstest	0.32	0.12	0.34	0.18	0.01	0.10	0.00

Anmerkungen: Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ ; \*\*  $p < 0.01$ .

Die Befunde zu den Einstellungen zu finanziellen Hilfen an in Not geratene Euro-Staaten ergeben ein gemischtes Bild. Vor und nach der Wahl begünstigt Zustimmung zu finanziellem Entgegenkommen Deutschlands deutlich die Wahl der Grünen. Für die übrigen Entscheidungsmöglichkeiten resultieren vor der Wahl negative Schätzungen, die jedoch nicht konventionelle Niveaus statistischer Signifikanz erreichen. In der Nachwählerhebung ergibt sich für die AfD-Wahl der erwartete negative Effekt. Unabhängig von der Kritik an der Bundesregierung scheint also auch eine transferkritische Haltung die Entscheidung zugunsten der AfD begünstigt zu haben. Für die SPD-Wahl findet sich in der Nachwähleranalyse ein ähnliches Ergebnis, während für die Unionswahl die entgegengesetzte Folgerung nahegelegt werden kann. In beiden Teilerhebungen hängt die Nichtwahl nicht wesentlich mit der Haltung zu Finanzhilfen zusammen. Zumindest in der Querschnittsbetrachtung gibt es somit keine Anhaltspunkte dafür, dass performanz- oder policy-basierte Einstellungen zur europäischen Schulden- und Währungskrise mobilisierend oder demobilisierend gewirkt hätten.

Table 4: Durchschnittliche marginale Effekte der Performanzbewertung der Bundesregierung und der Haltung zu finanzieller Unterstützung auf das Wahlverhalten

	Leistung der Regierung				Unterstützung hilfsbedürftiger Staaten			
	Vorwahl		Nachwahl		Vorwahl		Nachwahl	
Union	0.14**	(0.05)	0.14**	(0.05)	-0.07	(0.05)	0.09*	(0.04)
SPD	-0.08	(0.06)	0.16**	(0.06)	-0.09	(0.05)	-0.11*	(0.05)
FDP	0.14*	(0.07)	0.01	(0.02)	-0.05	(0.08)	-0.03	(0.02)
Grüne	-0.07	(0.07)	-0.13*	(0.06)	0.15*	(0.06)	0.22**	(0.05)
Linke	-0.04	(0.05)	-0.04	(0.04)	0.02	(0.04)	-0.04	(0.05)
AfD	-0.16	(0.09)	-0.17**	(0.05)	-0.06	(0.06)	-0.11**	(0.04)
Nichtwahl	0.03	(0.04)	0.02	(0.04)	-0.01	(0.03)	-0.05	(0.04)

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ ; \*\*  $p < 0.01$ .

Die Analyse hat gezeigt, dass policy-bezogene Präferenzen und Performanzurteile das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 unabhängig voneinander beeinflussten<sup>7</sup>. Allerdings besteht zwischen beiden insofern ein sachlicher Zusammenhang, als die substantielle Bedeutung von Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung unter anderem von der bevorzugten Haltung zu Finanzhilfen an andere Länder abhängen dürfte. Daher haben wir in einem weiteren Analyseschritt die Interaktion aus beiden Merkmalen in die Modellschätzungen aufgenommen. Anstelle der kompletten Regressionsmodelle berichten wir in Tabelle 5 ausschließlich die durchschnittlichen marginalen Effekte der Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Regierung in Abhängigkeit von der Haltung der Befragten zu Transferleistungen.

Die Ergebnisse zur Wahl der AfD und der Grünen legen die Folgerung nahe, dass beide Parteien von Unzufriedenheit mit dem europäischen Krisenmanagement der Bundesregierung aus unterschiedlichen Gründen profitierten. Kritik an der Arbeit der Bundesregierung wirkte sich demnach zugunsten der eurokritischen AfD nur bei denjenigen Befragten aus, die finanzielle Hilfen Deutschlands nicht befürworteten. In transferkritischen Gruppen fielen die Effekte besonders deutlich aus, auch in der Vorwählerhebung. Geradezu spiegelbildlich dazu begünstigt Kritik an der Bundesregierung allein unter Befürwortern von Hilfsleistungen eine Entscheidung zugunsten der Grünen. Allerdings gilt das nur in der Nachwählerhebung, auch wenn sich in der Vorwähleranalyse eine ähnliche Tendenz abzeichnet. Insgesamt scheinen sich die eurobezogenen Positionen von AfD und Grünen in den Interaktionsmustern widerzuspiegeln.

Eine ähnliche Deutung bietet sich in Bezug auf die Wahlentscheidung zugunsten von SPD und FDP an. Dabei ist zu bedenken, dass beide Parteien offenbar von der Vor- zur Nachwählerhebung in der Wahrnehmung der Befragten den Status als Regierungspartei tauschten. In der Vorwählerhebung begünstigt Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung die FDP-Wahl vor allem unter Befürwortern von Transferleistungen. Nach der Wahl profitiert die FDP in dieser Gruppe von Kritik an der Bundesregierung, während ihr unter Gegnern von Transferleistungen diese Kritik Zustimmung kostet. Beinahe spiegelbildlich dazu verhalten sich die Befunde zur Wahl der SPD. In der Nachwählerhebung begünstigt Lob für das Krisenmanagement der Regierung die Zustimmung zur (vorweggenommenen) Regierungspartei unter Befürwortern von Finanztransfers deutlich. Vor der Wahl ist in keiner Gruppe ein wesentlicher Effekt auf die SPD-Wahl zu beobachten. Allerdings zeichnet sich eine Tendenz ab, dass sich Kritik an der Bundesregierung am ehesten unter Transferbefürwortern als Wasser auf die elektoralen Mühlen der SPD wirkte. Zusammengenommen scheinen SPD und FDP als transferfreundlich wahrgenommen worden zu sein, so dass ihnen in der Regierungsrolle Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung bei Transferbefürwortern schadete, in der Oppositionsrolle hingegen eher nützte.

7 Werden beide Merkmale in separaten Modellschätzungen berücksichtigt, ändern sich die Ergebnisse kaum, was mit ihrer nicht starken Korrelation zusammenhängt.

Tabelle 5: Einfluss der Bewertung der Regierungsperformanz auf das Wahlverhalten in Abhängigkeit von der Haltung zu finanzieller Unterstützung (durchschnittliche marginale Effekte)

	Union	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	Nichtwahl
<i>Einfluss der Regierungsleistung (Vorwahl)</i>							
0	0.25** (0.09)	-0.05 (0.10)	0.09 (0.10)	-0.04 (0.10)	-0.08 (0.07)	-0.27* (0.14)	0.03 (0.07)
0.25	0.19** (0.06)	-0.07 (0.07)	0.13 (0.08)	-0.05 (0.08)	-0.06 (0.05)	-0.19 (0.10)	0.03 (0.05)
0.5	0.12* (0.05)	-0.08 (0.06)	0.15* (0.07)	-0.08 (0.07)	-0.03 (0.06)	-0.12 (0.08)	0.03 (0.04)
0.75	0.06 (0.07)	-0.10 (0.07)	0.17* (0.07)	-0.10 (0.10)	-0.01 (0.08)	-0.07 (0.06)	0.03 (0.05)
1	-0.01 (0.11)	-0.11 (0.09)	0.18* (0.09)	-0.12 (0.15)	0.02 (0.12)	-0.04 (0.05)	0.03 (0.07)
<i>Einfluss der Regierungsleistung (Nachwahl)</i>							
0	0.16 (0.09)	-0.03 (0.10)	0.18* (0.07)	0.08 (0.08)	-0.01 (0.08)	-0.37** (0.11)	0.02 (0.09)
0.25	0.15* (0.06)	0.06 (0.07)	0.06 (0.03)	0.02 (0.07)	-0.02 (0.05)	-0.23** (0.06)	0.02 (0.06)
0.5	0.14** (0.05)	0.15** (0.06)	-0.01 (0.02)	-0.09 (0.06)	-0.04 (0.04)	-0.12** (0.04)	0.02 (0.04)
0.75	0.13 (0.07)	0.23** (0.07)	-0.06 (0.04)	-0.26** (0.09)	-0.06 (0.05)	-0.05 (0.04)	0.01 (0.05)
1	0.11 (0.10)	0.30** (0.10)	-0.13 (0.07)	-0.45** (0.14)	-0.08 (0.07)	-0.01 (0.04)	0.01 (0.07)

Legende: 0=stimme den finanziellen Unterstützungsleistungen überhaupt nicht zu; 1=stimme den finanziellen Unterstützungsleistungen voll und ganz zu.

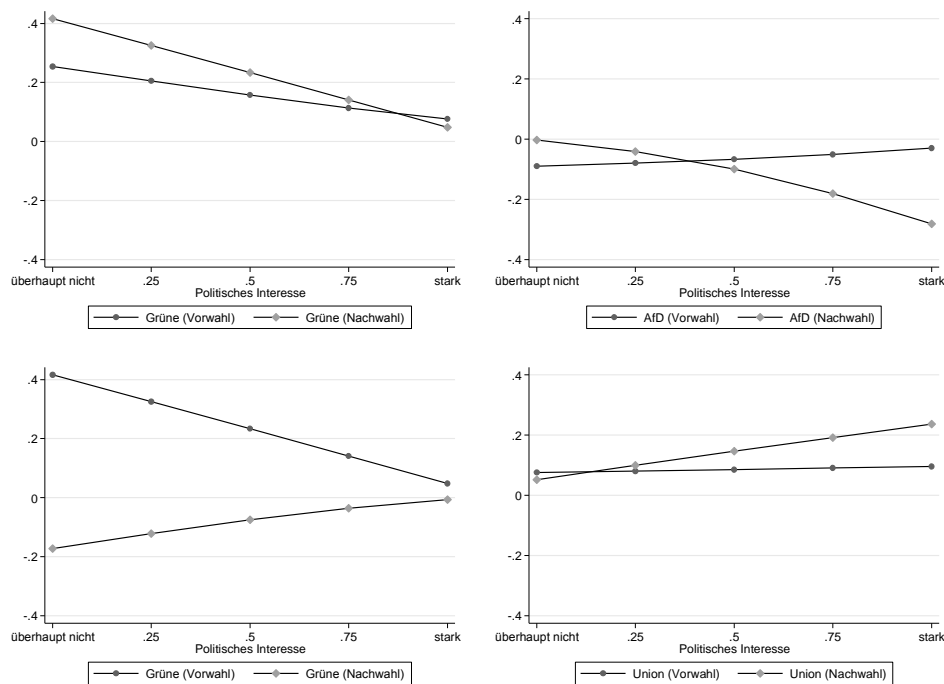
Vor dem Hintergrund dieser Interpretation und der Tatsache, dass die Unionsparteien vor und nach der Wahl 2013 die Regierung anführten, entsprechen die Befunde zum Zusammenspiel von Leistungsbewertungen und Policy-Präferenzen beim Zustandekommen der Unionswahl den Erwartungen. Laut den Ergebnissen auf der Basis der Vorwahldaten und der Nachwahlbefragung begünstigte Zustimmung zum Krisenmanagement der Bundesregierung eine Entscheidung zugunsten von CDU und CSU unter Kritikern deutscher Finanzhilfen, nicht jedoch unter Befürwortern. Allerdings schwächte sich der moderierende Einfluss der Haltung zur finanziellen Unterstützung in Schwierigkeiten geratener Euro-Staaten merklich ab, was auf Veränderungen in der wahrgenommenen Position der Unionsparteien hindeuten könnte.

Um zu prüfen, inwiefern die politische Involvierung den Einfluss von Performanzbewertungen und Policy-Präferenzen moderiert, haben wir in die Modellschätzung Interaktionen dieser beiden Merkmale mit dem selbstberichteten politischen Interesse aufgenommen. Statt der Regressionsgleichungen berichten wir in Abbildung 1 für ausgewählte Fälle durchschnittliche marginale Effekte der krisenbezogenen Einstellungen in Abhängigkeit vom Grad politischen Interesses (siehe für alle Werte Tabelle A2 im Anhang). Die Vorstel-



lung, positionsbezogenes Issue-Wählen trete bevorzugt bei politisch hochgradig involvierten Personen auf, findet in den Ergebnissen nur bedingt Rückhalt. In etlichen Fällen ist praktisch keine Interaktionsbeziehung zu erkennen. Deutlich im Widerspruch zu dieser Vermutung stehen die Befunde zur Grünen-Wahl. Vor wie nach der Wahl dämpft politisches Interesse den Einfluss der Sachfragenposition. Insoweit kann man schwerlich folgern, auf die Position zu innereuropäischen Transferleistungen bezogenes Issue-Wählen sei die Domäne politisch stark involvierter Personen. Vielmehr scheint es plausibel, dass es sich um eine einfache, symbolisch aufgeladene Sachfrage handelte, worauf auch Befunde zu den Determinanten entsprechender Einstellungen hindeuten (siehe Mader und Schoen 2015; Rudnik und Schoen 2015).

Abbildung 1: Durchschnittliche marginale Effekte (DME) der Haltung zur finanziellen Unterstützung und der Leistung der Regierung in Abhängigkeit vom politischen Interesse für die Wahl ausgewählter Parteien (siehe die Konfidenzintervalle in Tabelle A2)



Die Ausnahme zu dieser Regel stellt die AfD-Wahl in der Nachwählerhebung dar, weil in diesem Fall der Positionseffekt mit dem politischen Interesse der Befragten zunimmt. Dieses Muster deutet darauf hin, dass politisches Interesse es den Befragten erleichterte, eine präzise Vorstellung von der Position der AfD zu entwickeln und entsprechend zu vo-

tieren. Es kommt hinzu, dass wir in den Selektionsmodellen gezeigt haben, dass politisches Interesse nach, nicht zuletzt aber vor der Wahl die Wahrscheinlichkeit steigerte, dass Befragte angaben, die AfD zu kennen. Gerade die AfD mit ihrer von der sehr großen Koalition für den Euro abweichenden Position dürfte krisenbezogenes Positionswählen begünstigt haben. Folglich deuten die Befunde auf einen selektiven positiven Effekt politischen Interesses auf diese Form des Issue-Wählens hin.

Die Ergebnisse zur moderierenden Rolle politischen Interesses in Bezug auf Performanzurteile entziehen sich ebenfalls einer einfachen Interpretation. Bei der Wahl der Grünen wirkt politisches Interesse eher dämpfend, ebenso im Falle der Entscheidung zugunsten der SPD in der Nachwählerhebung. Insoweit scheint die Deutung angemessen, performanzbasiertes Wählen sei eine einfache, daher gerade von politisch wenig interessierten Personen gepflegte Form des Wahlverhaltens. Die entgegengesetzte Interpretation legen hingegen die Resultate zur Wahl der Unionsparteien sowie die Entscheidung für die SPD in der Vor- und für die AfD in der Nachwählerhebung nahe. Zusammengenommen verbietet sich daher eine Schlussfolgerung zugunsten der einen oder anderen allgemeinen Thesen zur Wirkung politischen Interesses auf sachfragenorientiertes Wahlverhalten.

#### 4. Schluss

Europapolitische Fragen spielten im bundesdeutschen Parteienwettbewerb bisher praktisch keine Rolle. Die europäische Schulden- und Währungsunion stellte die Wirtschafts- und Währungsunion auf eine Bewährungsprobe und machte diese zu einem wichtigen Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung, was seinen Ausdruck nicht zuletzt in der Gründung der eurokritischen AfD fand. Im internationalen Vergleich erscheint diese Entwicklung als eine nachholende Parteipolitisierung eines wichtigen Aspekts der europäischen Integration. Sie bildet eine Voraussetzung dafür, dass Bürger in ihr Stimmverhalten bei Wahlen zum Deutschen Bundestag diesbezügliche Einstellungen einfließen lassen können, kann das aber nicht garantieren. Daher haben wir im vorliegenden Aufsatz untersucht, welche Rolle Einstellungen zur europäischen Schulden- und Währungsunion beim Wahlverhalten 2013 spielten. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Deutschen die Politik der Bundesregierung mehrheitlich kritisch beurteilten und in ihrer Mehrheit finanzielles Entgegenkommen gegenüber finanziell in Not geratenen Euro-Staaten ablehnten. Diese performanz- und positionsbezogenen Einstellungen beeinflussten das Wahlverhalten, wenigstens bei jenen Befragten, die für alle betrachteten Variablen gültige Werte aufweisen. Von der verbreiteten eurokritischen Haltung konnte in erster Linie die AfD profitieren. Dieser Befund ist durchaus bemerkenswert, da die europäischen Schulden- und Währungsunion im Wahlkampf nicht sehr prominent behandelt wurde und kein krisenbezogenes Ereignis die öffentliche Aufmerksamkeit kurz vor der Wahl auf dieses Thema lenkte<sup>8</sup>.

8 Vor der Wahl wiesen etwa 17 Prozent der Interviewantworten auf die Frage nach dem wichtigsten und zweitwichtigsten Problem in Deutschland einen Bezug zur europäischen Währungs- und Verschuldungskrise auf.

Die Ergebnisse deuten ferner darauf hin, dass die Stimmberechtigten bei dieser europabezogenen Wahlentscheidung die Position der Parteien im parlamentarischen System berücksichtigten. Schließlich konnten wir zeigen, dass die Kenntnis der AfD mit der politischen Involviertheit zusammenhängt, bei Kenntnis der AfD politische Involviertheit die Wahrscheinlichkeit performanz- und positionsbezogenen Issue-Wählens nicht konsistent steigerte. Demnach handelt es sich offenbar um zielgerichtetes politisches Verhalten, dessen sich – nicht zuletzt dank seiner symbolischen Aufladung – ein relativ großer Personenkreis bedienen kann. Unter der Annahme, dass diese Zusammenhänge bei steigender Bekanntheit der AfD erhalten bleiben, lässt sich vermuten, dass diese europapolitische Frage ein erhebliches Wirkungspotential im Parteienwettbewerb aufweist.

Zugleich weist unsere Analyse darauf hin, dass sich lineare Extrapolationen von Befunden verbieten, da scheinbar triviale Variationen des Kontexts Ergebnisse wesentlich verändern können. Nicht zuletzt deshalb ist bei der Interpretation zu bedenken, dass die Bundestagswahl 2013 unter spezifischen politischen Bedingungen stattfand. Gemessen an ihren substantiellen Implikationen blieb die europäische Schulden- und Währungskrise – sieht man von der Aufregung um eine Bemerkung Bundesfinanzminister Schäubles zu einem weiteren Hilfspaket ab – im Wahlkampf marginalisiert (Anders 2014). Die eurokritische AfD trat eher am Rande in Erscheinung, war jedoch noch nicht in interne Richtungskämpfe verwickelt. Die Entscheidung über die Kanzlerschaft war aus Sicht vieler Beobachter und Wahlberechtigter bereits vor der Wahl gefallen, lediglich die Zusammensetzung der dritten Koalitionsregierung unter Kanzlerin Merkel schien fraglich. Die Einsicht in die Besonderheit der äußeren Umstände legt Vorsicht bei der Übertragung von Befunden nahe, deutet allerdings auch auf Möglichkeiten für die weitere Forschung hin. Analysen europabezogenen Issue-Wählens unter variierenden Bedingungen könnten dazu beitragen, dessen Kontextabhängigkeit besser zu verstehen.

Darüber hinaus sind Grenzen der Aussagekraft zu bedenken, die sich aus der Untersuchungsanlage ergeben. Sie erlaubt es, einen bestimmten Wirkungspfad der europäischen Schulden- und Währungskrise auf das Wahlverhalten zu analysieren, deren elektorale Wirkung jedoch nicht umfassend abzubilden. Einige Schwierigkeiten resultieren aus unzureichenden Messinstrumenten. So ist der Indikator für die Kenntnis der AfD nicht über alle Zweifel erhaben. Ebenso sind einige Skalen, etwa jene zur Messung von Einstellungen zu finanziellen Transfers in der Euro-Zone, nicht dazu in der Lage, sachfragenbezogene Einstellungen in ihrer Nuancierung abzubilden. Schließlich erschwert der Querschnittscharakter der verwendeten Daten kausale Folgerungen, da er es letztlich unmöglich macht, die zeitliche Abfolge von Urteils- und Entscheidungsprozessen angemessen abzubilden. Es spricht zwar einiges dafür, dass sich die hier betrachteten europabezogenen Einstellungen während des Wahlkampfes 2013 nicht wesentlich veränderten. Allerdings ist damit nicht die Frage geklärt, inwieweit die Reaktionen auf die europäischen Schulden- und Währungskrise bestimmte Prädispositionen zum Ausdruck bringen. Da Fragen dieser Art letztlich nur mit möglichst dicht gestaffelten Wiederholungsbefragungen untersucht werden können, sollten künftig noch mehr Ressourcen zur Sammlung solcher Daten eingesetzt werden.

## Literatur

- Anders, Lisa Helene, 2014: Wen kümmert schon Europa? Europa als Wahlkampfthema bei der Bundestagswahl 2013, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45: 55-72.
- Arzheimer, Kai, 2015: The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, *West European Politics* 38 (im Erscheinen), DOI: 10.1080/01402382.2015.1004230 (Zugegriffen: 26. Mai 2015).
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, und Donald E. Stokes, 1960: *The American Voter*. New York: Wiley.
- Carmines, Edward G., und James A. Stimson, 1980: The Two Faces of Issue Voting, *American Political Science Review* 74: 78-91.
- Dolezal, Martin, 2008: Germany: the Dog that Didn't Bark. S.208-233 in: Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieur und Timotheos Frey (Hg.): *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Druckman, James N., 2004: Priming the Vote: Campaign Effects in a U.S. Senate Election, *Political Psychology* 25: 577-594.
- Evans, Geoffrey, 1998: Euroscepticism and Conservative Electoral Support. How an Asset Became a Liability, *British Journal of Political Science* 28: 573-590.
- Evans, Geoffrey, 1999: Europe: a New Electoral Cleavage? S.207-222 in: Geoffrey Evans und Pippa Norris (Hg.): *Critical Elections: British Parties and Voters in Long-term Perspective*. Thousand Oaks: Sage.
- Fisher, Stephen D., und Sara B. Hobolt, 2010: Coalition Government and Electoral Accountability, *Electoral Studies* 29: 358-369.
- Goren, Paul, 1997: Political Expertise and Issue Voting in Presidential Elections, *Political Research Quarterly* 50: 387-412.
- Highton, Benjamin, 2010: The Contextual Causes of Issue and Party Voting in American Presidential Elections, *Political Behavior* 32: 453-471.
- Hillygus, D. Sunshine, und Todd Shields, 2009: *The Persuadable Voter: Wedge Issues in Presidential Campaigns*. Princeton: Princeton University Press.
- Hooghe, Liesbet, und Gary Marks, 2009: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, *British Journal of Political Science* 39: 1-23.
- Key, Valdimer O. Jr., 1966: *The Responsible Electorate: Rationality in Presidential Voting, 1936-1960*. Harvard MA: Belknap Press.
- Lau, Richard R., und David P. Redlawsk, 2001: Advantages and Disadvantages of Cognitive Heuristics in Political Decision Making, *American Journal of Political Science* 45: 951-971.
- Lees, Charles, 2008: The Limits of Party-Based Euroscepticism in Germany. S.16-31 in: Aleks Szerbiak und Paul Taggart (Hg.): *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*. Vol. 1: Comparative and Theoretical Perspectives. Oxford: Oxford University Press.
- Lindberg, Leon N., und Stuart A. Scheingold, 1971: *Europe's Would-Be Polity: Pattern of Change in the European Community*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
- Mader, Matthias, und Harald Schoen, 2015: Chancellor Merkel, the European Debt Crisis and the AfD: An Analysis of Voting Behaviour in the 2013 Federal Election. S.89-103 in: Gabriele d'Ot-

- tavio und Thomas Saalfeld (Hg.): The German Election of 2013: Breaking Mould of Post-Unification Politics? Farnham: Ashgate.
- Pappi, Franz Urban, und Paul W. Thurner, 2000: Die deutschen Wähler und der Euro: Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998?, Politische Vierteljahresschrift 41: 435-465.
- Popkin, Samuel L., 1994: The Reasoning Voter: Communication and Persuasion in Presidential Campaigns, 2. Auflage. Chicago: The University of Chicago Press.
- Rödter, Andreas, 2014: Wunschkind Euro, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 12.1.2014, S. 25.
- Rudnik, Agatha, und Harald Schoen, 2015: Mehr als ökonomisches Kalkül? Zu den Bestimmungsfaktoren von auf die Euro-Krise bezogenen Performanzbewertungen und Policy-Präferenzen. S.139-164 in: Heiko Giebler und Aiko Wagner (Hg.): Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten. Baden-Baden: Nomos
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 2014: Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, Zeitschrift für Parlamentsfragen 45: 94-112.
- Schoen, Harald, 2008: Turkey's Bid for EU Membership, Contrasting Views of Public Opinion, and Vote Choice. Evidence from the 2005 German Federal Election, Electoral Studies 27: 344-355.
- Schoen, Harald, 2010a: Die Bürger ziehen Bilanz. Einstellungen zur Großen Koalition und Wahlverhalten 2009. S.29-50 in: Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schoen, Harald, 2010b: Ein Bericht von der Heimatfront. Bürger, Politiker und der Afghanistaneseinsatz der Bundeswehr, Politische Vierteljahresschrift 51: 395-408.
- Schuppan, Norbert, und Marina Tamm, 2014: Die Euro-Krise. Ursachen, Verlauf, makroökonomische und europarechtliche Aspekte und Lösungen, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Schwarz, Hans-Peter, 2012: Helmut Kohl: Eine politische Biographie. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Sears, David O., Carl P. Hensler, und Leslie K. Speer, 1979: Whites' Opposition to 'Busing': Self-Interest or Symbolic Politics?, American Political Science Review 73: 369-384.
- Sears, David O., Richard R.Lau, Tom R. Tyler, und Harris M. Allen Jr., 1980: Self-Interest vs. Symbolic Politics in Policy Attitudes and Presidential Voting, American Political Science Review 74: 670-684.
- Sniderman, Paul M., Richard A. Brody, und Philip E. Tetlock, 1991: Reasoning and Choice. Explorations in Political Psychology. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weßels, Bernhard, Harald Schoen, und Oscar W. Gabriel, 2013: Die Bundestagswahl 2009 – Rückschau und Vorschau. S.13-29 in: Bernhard Weßels, Harald Schoen und Oscar W. Gabriel (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen zum Anlass der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: Springer VS.
- Zimmermann, Hubert, 2014: A Grand Coalition for the Euro: The Second Merkel Cabinet, the Euro Crisis and the Elections of 2013, German Politics 23: 322-336.

## Anhang

Tabelle A1: Deskriptive Darstellung der Variablen

	Union	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD	Nicht- wahl
Wahlabsicht (N=1571)	35.52	24.00	5.03	10.18	9.17	1.72	14.39
Wahlentscheidung (N=1716)	33.74	25.41	2.21	7.75	10.37	3.67	16.84
	<i>Vorwahl</i>			<i>Nachwahl</i>			
	MW	SD	N	MW	SD	N	
Kenntnis von der AfD	0.81		1802	0.86		1564	
Haltung zur finanziel- len Unterstützung	0.42	0.26	1909	0.46	0.28	1863	
Regierungsperformanz	0.43	0.25	1909	0.48	0.25	1828	
Politisches Interesse	0.47	0.26	1973	0.46	0.24	1891	
Angst vor der Krise	0.53	0.28	1947	0.50	0.27	1882	
Links-rechts-Position	0.44	0.18	1761	0.44	0.19	1700	
Ethnozentrismus	0.68	0.22	1869	0.68	0.23	1831	
Umverteilung	0.50	0.22	1821	0.49	0.24	1776	
Einkommensgleichheit	0.82	0.23	1958	0.81	0.25	1879	
Kernenergie	0.39	0.31	1899	0.38	0.32	1856	
PID Union	0.30		1976	0.29		1893	
PID SPD	0.20		1976	0.23		1893	
Merkel	0.63	0.29	1952	0.64	0.30	1855	
Steinbrück	0.51	0.25	1916	0.53	0.26	1823	
Frau	0.49		1976	0.51		1893	
Bildung gering	0.38		1976	0.38		1893	
Bildung hoch	0.23		1976	0.25		1893	
Ostdeutschland	0.51		1976	0.36		1893	
Alter	0.47	0.23	1976	0.48	0.22	1893	

Anmerkungen: Alle unabhängigen Variablen sind von 0 (Minimum) bis 1 (Maximum) kodiert.

*Tabelle A2: Einfluss der Haltung zu finanzieller Unterstützung und der Performanzbewertung auf das Wahlverhalten bei unterschiedlichem politischem Interesse*

Einfluss Unterstützung hilfsbedürftiger Staaten														
	Union		SPD		FDP		Grüne		Die Linke		AfD		Nichtwahl	
	VW	NW	VW	NW	VW	NW	VW	NW	VW	NW	VW	NW	VW	NW
0	-0.10 (0.17)	0.08 (0.10)	-0.10 (0.12)	-0.25* (0.10)	-0.23 (0.22)	-0.08 (0.11)	0.25 (0.16)	0.42** (0.11)	0.15 (0.10)	0.03 (0.05)	-0.09 (0.13)	-0.00 (0.04)	0.27 (0.15)	-0.07 (0.14)
0.25	-0.09 (0.12)	0.08 (0.07)	-0.10 (0.08)	-0.18** (0.07)	-0.14 (0.14)	-0.06 (0.07)	0.20 (0.10)	0.33** (0.07)	0.08 (0.05)	0.01 (0.05)	-0.08 (0.08)	-0.04 (0.04)	0.03 (0.05)	-0.06 (0.06)
0.5	-0.07 (0.08)	0.09 (0.04)	-0.09 (0.06)	-0.11* (0.05)	-0.07 (0.08)	-0.04 (0.04)	0.16 (0.06)	0.23** (0.05)	0.02 (0.04)	-0.03 (0.05)	-0.07 (0.05)	-0.10* (0.04)	-0.06* (0.03)	-0.05 (0.04)
0.75	-0.06 (0.07)	0.09 (0.05)	-0.09 (0.06)	-0.05 (0.06)	-0.02 (0.05)	-0.02 (0.03)	0.11 (0.06)	0.14** (0.05)	-0.04 (0.05)	-0.08 (0.07)	-0.05 (0.04)	-0.18** (0.06)	-0.06* (0.03)	-0.03 (0.03)
1	-0.05 (0.09)	0.10 (0.09)	-0.08 (0.08)	0.01 (0.09)	0.02 (0.05)	0.04 (0.06)	0.08 (0.08)	0.05 (0.09)	-0.09 (0.08)	-0.14 (0.10)	-0.03 (0.06)	-0.28** (0.10)	-0.06 (0.04)	-0.01 (0.02)

Einfluss Leistung der Regierung														
	Union		SPD		FDP		Grüne		Die Linke		AfD		Nichtwahl	
	VW	NW	VW	NW	VW	NW	VW	NW	VW	NW	VW	NW	VW	NW
0	0.05 (0.17)	-0.03 (0.12)	0.08 (0.12)	0.27* (0.13)	0.17 (0.14)	0.04 (0.03)	-0.17 (0.15)	-0.25* (0.13)	-0.02 (0.10)	0.02 (0.06)	-0.16 (0.23)	-0.06 (0.05)	0.26 (0.17)	-0.04 (0.18)
0.25	0.10 (0.10)	0.06 (0.07)	0.00 (0.08)	0.21** (0.08)	0.16 (0.09)	0.04* (0.02)	-0.12 (0.10)	-0.19* (0.08)	-0.03 (0.06)	-0.00 (0.05)	-0.16 (0.16)	-0.11* (0.05)	0.07 (0.07)	0.00 (0.09)
0.5	0.15* (0.06)	0.14** (0.05)	-0.07 (0.06)	0.16** (0.06)	0.14* (0.06)	0.02 (0.02)	-0.08 (0.07)	-0.14* (0.06)	-0.04 (0.06)	-0.03 (0.04)	-0.16* (0.08)	-0.17** (0.05)	-0.01 (0.04)	0.02 (0.04)
0.75	0.19* (0.09)	0.21** (0.06)	-0.15* (0.07)	0.11* (0.07)	0.12* (0.06)	-0.01 (0.04)	-0.04 (0.07)	-0.08 (0.07)	-0.05 (0.07)	-0.07 (0.05)	-0.16* (0.05)	-0.25** (0.06)	-0.03 (0.03)	0.02 (0.03)
1	0.24 (0.14)	0.28** (0.08)	-0.22* (0.10)	0.07 (0.09)	0.11 (0.06)	-0.07 (0.08)	-0.01 (0.08)	-0.03 (0.10)	-0.05 (0.08)	-0.12 (0.09)	-0.16 (0.11)	-0.34** (0.09)	-0.02 (0.03)	0.01 (0.02)

*Legende:* 0=kein politisches Interesse; 1=sehr starkes politisches Interesse; VW=Vorwahl, NW=Nachwahl.

## Frageformulierungen und Operationalisierungen

*Wahlabsicht bzw. Wahlentscheidung (Vorwahl und Nachwahl):* "Bei der Bundestagswahl können [konnten] Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten [haben]. Was werden [Wie haben] Sie auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen [angekreuzt]? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme." Aus der Information für die Zweitstimme wurde für jede Partei (Union, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, AfD) eine binär-kodierte Variable gebildet. "Wenn Wahlen stattfinden, geben viele Leute ihre Stimme ab, andere kommen nicht dazu, ihre Stimme abzugeben oder nehmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie am 22. September zur Bundestagswahl gehen." Die Antworten "bestimmt nicht zur Wahl gehen" und "wahrscheinlich nicht zur Wahl gehen" wurde als Nichtwahlabsicht operationalisiert. Für die Nachwahlbefragung wurde folgende Frage für die Wahlenthaltung verwendet: "Bei der Bundestagswahl am 22. September kamen viele Bürger nicht dazu, ihre Stimme abzugeben oder nahmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Wie war es bei Ihnen: Haben Sie gewählt oder haben Sie nicht gewählt?"

*Kenntnis von der AfD (Vorwahl):* "Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass die folgenden Parteien bei der bevorstehenden Bundestagswahl jeweils genügend Stimmen bekommen, um in den Bundestag einzuziehen? Bestimmt, wahrscheinlich, vielleicht, wahrscheinlich nicht oder bestimmt nicht? Wie ist das mit der AfD?" Für die Antwort "kenne ich nicht" wurde der Wert 0, für eine Einstufung der Einzugswahrscheinlichkeit wurde der Wert 1 vergeben.

*Kenntnis von der AfD (Nachwahl):* "Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten, +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen. Was halten Sie von der AfD?" Für die Antwort "kenne ich nicht" wurde der Wert 0, für eine abgegebene Sympathiebewertung wurde der Wert 1 vergeben.

*Unterstützung hilfsbedürftiger Staaten (Vorwahl und Nachwahl):* "Es gibt zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche Meinungen. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? In Zeiten der europäischen Schuldenkrise sollte Deutschland EU-Mitgliedsstaaten, die starke wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben, finanziell unterstützen." Fünfstufige Antwortvorgabe, reskaliert auf den Wertebereich 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 1 (stimme voll und ganz zu).

*Regierungsleistung in der Krise (Vorwahl und Nachwahl):* "Und wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung der letzten vier Jahre bei der Bekämpfung der europäischen Schuldenkrise?" Fünfstufige Antwortvorgabe, reskaliert auf den Wertebereich 0 (sehr unzufrieden) bis 1 (sehr zufrieden).

*Alter (Vorwahl und Nachwahl):* Rekodiert auf den Wertebereich 0 (18 Jahre) bis 1 (99 Jahre).

*Formale Bildung (Vorwahl und Nachwahl):* Es wurden jeweils für einen niedrigen (maximal Hauptschulabschluss) und einen hohen (mindestens Fachabitur) eine Variable gebildet.

*Frau (Vorwahl und Nachwahl):* Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

*Ostdeutschland (Vorwahl und Nachwahl):* Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Ostdeutschland) und 0 (Westdeutschland).

*Politisches Interesse (Vorwahl und Nachwahl):* "Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?"



Fünfstufige Antwortvorgabe wurde auf den Wertebereich 0 (überhaupt nicht) bis 1 (sehr stark) rekodiert.

*Links-rechts-Position (Vorwahl und Nachwahl):* "In der Politik reden die Leute häufig von "links" und "rechts". Wenn Sie diese Skala von 1 bis 11 benutzen, wo würden Sie die folgenden Parteien einordnen, wenn 1 "links" und 11 "rechts" ist?" [...] "Und wie ist das mit Ihnen selbst? Wo würden Sie sich auf der Skala von 1 bis 11 einordnen?" Reskaliert auf den Wertebereich 0 (links) bis 1 (rechts).

*Ethnozentrismus (Vorwahl und Nachwahl):* (1) "Jetzt geht es um Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer. Sollten die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden? Wie stehen Ihrer Meinung nach die Parteien dazu, wenn Sie eine Skala von 1 bis 11 verwenden? [...]" "Und wie ist Ihre Position zum Thema Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer? Bitte benutzen Sie diese Skala." (2) "Es gibt zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche Meinungen. Wie ist das bei Ihnen: Was halten Sie von folgenden Aussagen? Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen. Stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils/teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu?" Die Antworten auf beide Fragen wurden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf einen Wertebereich zwischen 0 (Zuzug erleichtern/nicht zur Anpassung verpflichten) und 1 (Zuzug einschränken/zur Anpassung verpflichten) reskaliert.

*Umverteilung (Vorwahl und Nachwahl):* "Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. [...]" "Und wie ist Ihre Position zum Thema Steuern und sozialstaatliche Leistungen? Bitte benutzen Sie diese Skala." Elfstufige Antwortvorgabe, reskaliert auf den Wertebereich 0 (weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet) bis 1 (mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet).

*Einkommensgleichheit (Vorwahl und Nachwahl):* "Die Regierung sollte Maßnahmen ergreifen, um die Einkommensunterschiede zu verringern." Fünfstufige Antwortvorgabe, reskaliert auf den Wertebereich 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 1 (stimme voll und ganz zu).

*Kernenergie (Vorwahl und Nachwahl):* "Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. [...]" "Und wie ist Ihre Position zum Thema Bekämpfung des Klimawandels und Förderung des Wirtschaftswachstums? Bitte benutzen Sie diese Skala." Elfstufige Antwortvorgabe, reskaliert auf den Wertebereich 0 (Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet) bis 1 (Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert).

*Parteidentifikation (Vorwahl und Nachwahl):* "Und nun noch einmal kurz zu den politischen Parteien. In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?" Es wurde jeweils eine Dummy Variable für eine Parteidentifikation mit der CDU/CSU und mit der SPD gebildet.

*Kandidatenbewertung (Vorwahl und Nachwahl):* "Bitte sagen Sie mir nun, was Sie von einigen führenden Politikern halten. Benutzen Sie dafür bitte wieder die Skala von - 5 bis + 5. Wenn Ihnen ein Politiker nicht ausreichend bekannt ist, brauchen Sie ihn natürlich nicht einzustufen. Was halten Sie von (Angela Merkel/Peer Steinbrück)?" Beide Variablen wurden auf den Wertebereich

reich 0 (halte überhaupt nichts von Merkel/Steinbrück) bis 1 (halte sehr viel von Merkel/Steinbrück) reskaliert.

*Angst vor der Krise (Vorwahl und Nachwahl):* "In der letzten Zeit hört man viel über die Schuldenkrise in Europa. Wir hätten dazu gerne Ihre Einschätzung. Wie viel Angst bereitet Ihnen die europäische Schuldenkrise?" Fünfstufige Antwortvorgabe, reskaliert auf den Wertebereich 0 (überhaupt keine Angst) bis 1 (sehr große Angst).